

SECHS PARTEIEN UND DIE WIRTSCHAFT

Die Wirtschaft fragt, die Politik antwortet: Wir haben die hessischen Spitzenkandidaten zur Landtagswahl befragt, wie sie zu für die Unternehmen wichtigen Themenfeldern stehen - und zeigen Ihnen, was wir als IHK dazu erwarten. Unsere Wahlprüfsteine.



Volker Bouffier

Die Innovationskraft und Leistungsstärke des Mittelstandes ist entscheidend für den Wirtschaftsstandort Hessen. Wir sorgen durch ein Bündel von Maßnahmen entlang unserer Fachkräftestrategie dafür, dass der Fachkräftebedarf besser gedeckt werden kann. Durch Entbürokratisierung und einfachere Vergaberegeln wollen wir den Zugang zu öffentlichen Aufträgen erleichtern. Außerdem ist die Bereitstellung von Infrastruktur eine zentrale Aufgabe. Dazu zählen der Ausbau von Straße und Schiene, der Glasfaserausbau im Rahmen der Gigabitstrategie und die Bereitstellung von Gewerbeflächen in allen Landesteilen Hessens.



Thorsten Schäfer-Gümbel

Neben dem Fachkräftemangel, dem wir aktiv begegnen wollen, liegt eine weitere Gefahr für den Mittelstand im Rückgang von Gründungen und in den erheblichen Schwierigkeiten bei der Unternehmensnachfolge. Die Selbständigenkultur muss daherschon in der Schule mit praxisorientierten Angeboten und Beispielen erfolgreicher Unternehmer angeregt werden. Gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung des Landes und mit Akteuren des Finanzstandorts Frankfurt/Rhein-Main wollen wir Lösungen erarbeiten, schnell wachsenden Unternehmen Eigenkapital und Managementunterstützung durch erfahrene Gründerinnen und Gründer zur Verfügung zu stellen.



Tarek Al-Wazir / Priska Hinz

1. Wir wollen mittelständische Unternehmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit stärken, indem wir sie bei anstehenden Veränderungsprozessen unterstützen. So bieten wir schon jetzt Digi-Checks und Digitalisierungsberatung, um auch den KMU die Chancen der digitalen Wertschöpfung zu erschließen.

2. Dem Fachkräftemangel wirken wir entgegen, indem wir weiter entschlossen in die Aus- und Weiterbildung investieren und die Chancen der Zuwanderung nutzen.

3. Wir wollen den Mut zum Gründen belohnen: Der Transfer zwischen Hochschule und Unternehmensgründung soll verbessert und ein einheitliches, digitales Verwaltungsprogramm für Gründer*innen geschaffen werden.



Janine Wissler / Jan Schalauske

Kleine und mittelständische Unternehmen sehen sich oft Nachteilen ausgesetzt. Das wollen wir ausgleichen, z.B. durch:

a) Faire Vergabe: Öffentliche Aufträge nicht an den billigsten Anbieter vergeben, sondern an regionale Unternehmen, die seriös kalkulieren, gute Löhne zahlen, fair einkaufen und ausbilden.

b) Steuergerechtigkeit herstellen: Wir wollen mehr Betriebsprüfer einstellen, die dafür sorgen, dass korrekt arbeitende Betriebe keine Wettbewerbsnachteile erleiden.

c) KMU fördern, gerade im ländlichen Raum: Die öffentlichen Sparkassen sollen stärker dem Gemeinwohl verpflichtet werden und KMU mit günstigen Krediten unterstützen.



René Rock

1: Eine Kampagne zu Sicherung des Fachkräftebedarfes.

2: Flächendeckender Ausbau des Glasfasernetzes und der digitalen Infrastruktur (Mobilfunk, WLAN).

3: Abbau der Bürokratie (insbesondere im Vergaberecht) durch eine Bürokratie-Ampel und Bürokratieprämie zu Gunsten belasteter Unternehmen.



Rainer Rahn

Die AfD will das Energiesystem so gestalten, dass Strom jederzeit sicher, kalkulierbar und preisgünstig zur Verfügung steht. Hierzu wollen wir uns dafür einsetzen, den Zubau von Anlagen zur Erzeugung „erneuerbarer Energie“ zu stoppen und das EEG abzuschaffen. Auch den Klimaschutzplan 2050 (Große Transformation) will die AfD außer Kraft setzen. Die AfD will Bürokratie abbauen und schnellere Genehmigungsverfahren. Zur Entlastung von Bürgern und Unternehmen streben wir eine Senkung kommunaler Steuer an.



Unser Standpunkt

Erstens: Das Land muss die Investitionen in Verkehrsinfrastruktur, Breitbandausbau und Bildung ausweiten und verstetigen und den Mitteleinsatz durch effiziente Verwaltungsprozesse beschleunigen. Zweitens: Die Duale Ausbildung muss attraktiv und leistungsstark bleiben. Dazu sind insbesondere die Berufsschulen für das Thema Digitalisierung zu befähigen – sowohl bei ihrer Ausstattung als auch den Lehrinhalten. Drittens: Die Kommunen als Wirtschaftsstandorte müssen gestärkt werden, auch finanziell. Damit wird auch die Grundlage für eine Politik geschaffen, die den unterschiedlichen Erfordernissen von Metropolregion und ländlichem Raum besser Rechnung trägt.



Wettbewerbsfähigkeit

Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen legt die Basis für ein tragfähiges Wirtschaftswachstum und hohe Beschäftigung. Nennen Sie Ihre TOP 3 Maßnahmen, mit denen Sie durch Verbesserung der Rahmenbedingungen den hessischen Mittelstand noch wettbewerbsfähiger machen wollen?

SECHS PARTEIEN UND DIE WIRTSCHAFT

Die Wirtschaft fragt, die Politik antwortet: Wir haben die hessischen Spitzenkandidaten zur Landtagswahl befragt, wie sie zu für die Unternehmen wichtigen Themenfeldern stehen - und zeigen Ihnen, was wir als IHK dazu erwarten. Unsere Wahlprüfsteine.



Volker Bouffier

Wir haben seit 1998 die Investitionen in den Landesstraßen von 27 auf 120 Mio. Euro im Jahr 2019 gesteigert. Für Autobahnen und Bundesstraßen stehen im BVWP 2030 rund 8,2 Mrd. Euro bereit, weitere 12 Mrd. Euro für die Schiene. Damit können wir die wichtigen Projekte aus dem Paket „Frankfurt RheinMainplus“ weiter vorantreiben. Im Bereich des ÖPNV werden die Verkehrsverbünde bis 2021 rund 4 Mrd. Euro erhalten, ein Anstieg von 24 %. Damit sichern wir einen leistungsfähigen ÖPNV. Zentral ist eine Vereinfachung des Planungsrechts. Die BVWP-Maßnahmen des „Vordringlichen Bedarfs“ haben für uns Priorität. Den Ausbau der PlanungsKapazitäten werden wir vorantreiben.



Thorsten Schäfer-Gümbel

Wir werden den Investitionsstau bei den Landesstraßen in Hessen auflösen, indem wir die Investitionen in den Landesstraßenbau innerhalb der Legislaturperiode auf die Höhe der Abschreibungen aufstocken. Wir werden die Straßenbauverwaltung Hessen Mobil stärken und mehr Personal für Planung, Bau und Betrieb einstellen. Wir werden darüber hinaus wichtige Schienenprojekte für den Regionalverkehr vorantreiben. Neben einer Verkürzung der Planungszeiten, bei gleichzeitiger früherer Beteiligung der Bürger, müssen auch die entsprechenden finanziellen Mittel zeitnah bereitgestellt werden. Zudem wollen wir die Reaktivierung von Strecken im ländlichen Raum.



Tarek Al-Wazir / Priska Hinz



Beim Straßenbau halten wir am Prinzip Sanieren vor Neubau fest: Um die zur Verfügung stehenden Mittel tatsächlich einsetzen zu können, werden wir unsere PlanungsKapazitäten weiter erhöhen. Die Straßen entlasten wir durch den viergleisigen Ausbau der S 6 nach Bad Vilbel/Friedberg, den Bau der nordmainischen S-Bahn und der Regionaltangente West (RTW). Perspektivisch wollen wir nach der RTW den Bau eines S-Bahn-Rings rund um Frankfurt vorantreiben und den zweigleisigen Lückenschluss der S-Bahn nach Darmstadt vorbereiten. Wo es sinnvoll ist, werden wir stillgelegte Bahnstrecken reaktivieren und so die Mobilität auch im ländlichen Raum verbessern.



Janine Wissler / Jan Schalauske



Die „Schuldenbremse“ hat sich als „Investitionsbremse“ erwiesen, zulasten der Zukunft der Menschen im Land Hessen. Wir wollen ein Investitionsprogramm von einer Milliarde Euro, um den Sanierungsstau in Land und Kommunen in Angriff zu nehmen, finanziert durch ein gerechteres Steuersystem. Bei den Straßen muss Erhalt vor Neubau gelten: Die letzten Jahrzehnte zeigten, dass auf mehr Straßen immer nur noch mehr Verkehr folgt. Die Schiene muss massiv und flächendeckend ausgebaut werden, beispielsweise mit einem S-Bahn-Ring um Frankfurt.



René Rock

Infrastruktur gehört als Staatsziel in die Verfassung. Wir wollen den Fehler der Landesregierung korrigieren und die Ansiedlung einer Niederlassung der Autobahngesellschaft in Hessen erreichen. Die Planungsgelder für Straßen sollen um ein Drittel auf 280 Millionen Euro steigen. Wir unterstützen den Neubau der ICE-Trassen Frankfurt-Fulda und Frankfurt-Mannheim. Wir wollen außerdem den Ausbau der A661, den Lückenschluss A49 und die Fertigstellung der A44 Kassel-Eisenach. Zu den wichtigen neuen Projekten zählt auch eine Bundesstraße zwischen NRW (Erndtebrück) und Frankenberg und der Bau einer neuen Rheinbrücke.



Rainer Rahn

Bei Einnahmen aus der Energiesteuer von ca. 41 Mrd. € und Ausgaben von ca. 7 Mrd. € pro Jahr durch den Bund und unter 100 Mill. für Hessen, stellt sich zunächst die Frage, warum die Einnahmen nicht zweckgebunden ausgegeben werden. Eine Koalition wäre für eine erste Legislaturperiode im Landtag nicht sinnvoll. Grundsätzlich sind Investitionen, zum Erhalt der Infrastruktur und in Neubauten (z.B. Umgehungsstraßen), die zu einer Verkehrsverflüssigung führen, für alle Beteiligten, angesichts eines Schadens durch Staus von 25 Mrd. pro Jahr, sinnvoll. Auch Investitionen in den ÖPNV führen zu einer Reduktion des Individualverkehrs auf den Straßen.



Unser Standpunkt

Um den Sanierungsstau aufzulösen, ist eine erhebliche und verstetigte Mittelhöhung für Landes- und Kommunalstraßen erforderlich. Hessen Mobil muss zudem personell in die Lage versetzt werden, die Projekte aus dem BVWP umzusetzen. Zudem benötigt Hessen eine Niederlassung der Autobahngesellschaft. Der Schienenknoten Frankfurt/Rhein-Main ist für den Personen- als auch den Güterverkehr überlastet. Das hessische Netz ist zügig auszubauen und um neue Strecken zu ergänzen, die auch Mittel- und Nordhessen besser an die Metropolregion anbinden. Die Mittel für den ÖPNV aus dem Mobilitätsförderungsgesetz reichen nicht aus und müssen ebenfalls erhöht werden.



Infrastruktur

Durch den Sparkurs der vergangenen Dekaden konnten für die Verkehrsträger Straße und Schiene nicht mehr alle Projekte des vordringlichen Bedarfs realisiert werden. Nun steht aufgrund der Schaffung der Bundesfernstraßengesellschaft eine Verkleinerung der Straßenbaubehörde Hessen Mobil an. Wie kann aus Ihrer Sicht eine strategische und nachhaltige Finanzierung für den Straßenbau erreicht werden und wo kann der Verkehrsträger Schiene die Straßeninfrastruktur entlasten? Welche konkreten Projekte wollen Sie in einem möglichen Koalitionsvertrag verankert wissen?

SECHS PARTEIEN UND DIE WIRTSCHAFT

Die Wirtschaft fragt, die Politik antwortet: Wir haben die hessischen Spitzenkandidaten zur Landtagswahl befragt, wie sie zu für die Unternehmen wichtigen Themenfeldern stehen - und zeigen Ihnen, was wir als IHK dazu erwarten. Unsere Wahlprüfsteine.



Volker Bouffier

Hessen wird 2018 unter Einbeziehung konkreter Versorgungsperspektiven flächendeckend mit Übertragungsgeschwindigkeiten von 50 MBit/s im Download und bis 2025 mit gigabitfähigen Strukturen versorgt sein. Auf Grundlage der Gigabit-Strategie werden bis 2020 60 % der hessischen Haushalte mit bis zu 400 MBit/s versorgt. Bis 2025 sollen dann insbesondere auch Schulen und Gewerbegebiete an das Glasfasernetz angeschlossen werden. Auch Lücken im Mobilfunknetz schließen wir kurzfristig mit einem Landesprogramm. Ziel ist eine flächendeckende 1-GBit/s-Versorgung inkl. einer Glasfaser-Inhouse-Verkabelung (FTTH-Netze) bis 2030. Diese Pläne werden wir als CDU Hessen weiterverfolgen.



Thorsten Schäfer-Gümbel

Hessen muss zum Vorreiter beim Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland werden. Eine digitale Spaltung zwischen städtischem und ländlichem Raum darf es nicht länger geben. Unter einer vernünftigen Breitbandinfrastruktur verstehen wir ein flächendeckendes Glasfasernetz, das überall in Hessen Sprachtelefonie und hohe Datenraten auch für den Mobilfunkbereich ermöglicht. Diesen Ausbau werden wir auch mit Landesmitteln fördern. Damit machen wir Hessen fit für die Zukunft.



Tarek Al-Wazir / Priska Hinz



Wir haben den Kommunen ermöglicht, sich wirtschaftlich im Breitbandausbau zu engagieren und erstmals direkte Landeszuschüsse gewährt. Auf diese Weise haben wir Hessen beim Breitbandausbau auf Platz 3 der Flächenländer gebracht. Auch zukünftig werden wir dort unsere Aufgabe wahrnehmen, wo der marktgetriebene Ausbau nicht stattfindet. Gemäß der Gigabit-Strategie des Landes werden wir Hessen bis 2025 mit gigabitfähigen Strukturen für Geschwindigkeiten von bis zu 400 MBit/s versorgen. Einrichtungen wie Gewerbestandorte werden vorrangig angeschlossen. 2030 werden flächendeckend Glasfaserleitungen bis in jedes Haus und jedes Unternehmen in Hessen reichen.



Janine Wissler / Jan Schalauske



Breitbandanbindung gehört heute zur Daseinsvorsorge wie Wasser und Strom. Daher sollte sie in kommunaler Hand liegen, nicht nur als "Lückenbüßer" für unrentable Gebiete, sondern flächendeckend - um auch die rentablen Gebiete für eine Querfinanzierung zu nutzen. Die bisherige Marktsituation hat zum "Rosinenpicken" der privaten und privatisierten Anbieter geführt. Oft werden manche Gebiete von gleich mehreren Anbietern versorgt, andere von keinen. Wir wollen die Kommunen unterstützen und ein Anrecht auf einen bezahlbaren, schnellen Breitband-Internetanschluss für jeden Haushalt.



René Rock

Hessen soll Spitzenreiter beim Glasfaserausbau werden. Wir wollen das Ziel bis 2023 erreichen. Breitband ist für uns Teil der Daseinsvorsorge. Fördermittel von Bund und EU sollen darauf konzentriert werden. Bürokratische Genehmigungs- und Planungsprozesse müssen beschleunigt werden. Aktuell laufen Ausbauprojekte für Geschwindigkeiten bis 50 Mbit/s. Wir wollen die Förderkulisse systematisch für den Glasfaserausbau bis zum Hausanschluss (FTTH) ausweiten.



Rainer Rahn

Die AfD will zunächst Gespräche mit den Anbietern von Breitbandanschlüssen führen, um die Hinderungsgründe für den schleppenden Breitbandausbau zu identifizieren. Natürlich sind auch die betroffenen Kommunen einzubeziehen. Auf dieser Grundlage sollen möglichst kostengünstige Konzepte entwickelt werden, um innerhalb von 3 Jahren eine flächendeckende Versorgung erreichen zu können. Hierzu bietet sich eine Kombination von Ausschreibungen und Fördermitteln an. Eventuell vorhandene bürokratische Hindernisse sind zu beseitigen.



Breitbandanbindung

Das größte Hemmnis für den Ausbau der Digitalisierung in der gewerblichen Wirtschaft stellt die oft unzureichende Ausstattung mit leistungsfähigen Breitbandanbindungen dar. Teure Individuallösungen sind für den Großteil der mittelständisch geprägten Wirtschaft in Hessen nicht finanzierbar. Wie wollen Sie den für die Wirtschaft dringend benötigten, flächendeckenden Ausbau der Glasfaseranbindungen bis in die Unternehmen, insbesondere auch im ländlichen Raum, erreichen?

Unser Standpunkt

Klares politisches Ziel muss die flächendeckende Versorgung des Landes mit Glasfaser-Infrastruktur bis zum Gebäude (FTTB/FTTH) bis zum Ende der Legislaturperiode sein. Auf dem Weg dahin sind Priorisierungen vorzunehmen und zunächst Gewerbegebiete sowie Gebiete mit sozioökonomischer Relevanz (z.B. Schulen, Rathäuser, Krankenhäuser etc.) abzudecken. In den Fällen, in denen der privatwirtschaftliche Ausbau nicht funktioniert, muss das Land mit Hilfe von Fördermitteln und/oder der Unterstützung von lokalen Anbietern Abhilfe schaffen. In die Planungen ist flächendeckend auch der Mobilfunk mit einzubeziehen, um den Aufbau einer 5-G-Infrastruktur sicherzustellen.



SECHS PARTEIEN UND DIE WIRTSCHAFT

Die Wirtschaft fragt, die Politik antwortet: Wir haben die hessischen Spitzenkandidaten zur Landtagswahl befragt, wie sie zu für die Unternehmen wichtigen Themenfeldern stehen - und zeigen Ihnen, was wir als IHK dazu erwarten. Unsere Wahlprüfsteine.



Volker Bouffier

Eine gute finanzielle Ausstattung der Kommunen ist für uns von überaus großer Bedeutung. Wir haben in den vergangenen Jahren mit dem kommunalen Schutzschirm, der HESSENKASSE und den Kommunalinvestitionsprogrammen schon einige Maßnahmen ergriffen, um die Kommunen als attraktive Wirtschaftsstandorte zu stärken und Investitionen zu unterstützen. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. Wir werden den Kommunalen Finanzausgleich, der schon heute auf Rekordniveau liegt, mit Hinblick auf den ländlichen Raum weiter verbessern und uns für eine weitere Stärkung der Investitionstätigkeit der Kommunen einsetzen.



Thorsten Schäfer-Gümbel

In unserer Haushaltsführung werden wir vernünftiges Sparen und effizientes Wirtschaften verbinden. Nachdem die hessische CDU die kommunalen Haushalte geplündert hat, sind die kommunalen Steuern und Abgaben nahezu explodiert. Jede Mehrbelastung für die Kommunen wird über kommunale Abgaben direkt weitergegeben. Gerade die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer, die in Hessen überdurchschnittlich hoch sind, belasten die Menschen und die kommunale Wirtschaftskraft hart. Wir wollen die Kommunen in Hessen durch eine Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs wieder angemessen finanzieren, dies ist das beste Mittel gegen Grundsteuererhöhungen vor Ort.



Tarek Al-Wazir / Priska Hinz

Mit dem neuen Kommunalen Finanzausgleich (KFA) erhalten die Kommunen mehr Geld als je zuvor. Wir werden den KFA weiterentwickeln und auch in Zukunft eine gute Finanzausstattung gewährleisten. Mit dem „Kommunalen Schutzschirm“ und der „Hessenkasse“ laufen zurzeit zwei Entschuldungsprogramme, die Kommunen mit Haushaltsproblemen eine passgenaue finanzielle Unterstützung bieten. Um die Kommunen bei Erhalt und Neubau ihrer Infrastruktur zu unterstützen, wollen wir zudem die erfolgreichen Kommunalen Investitionsprogramme (KIP I und KIP II) fortsetzen und ein KIP III auflegen, mit dem schwerpunktmäßig sanitäre Anlagen in Schulen saniert werden können.



Janine Wissler / Jan Schalauske

Derzeit droht die kommunale Selbstverwaltung wegen des verordneten Sparzwangs und immer weiterer Kürzungsaufgaben des Landes ernststen Schaden zu nehmen. Es darf keine Verlagerung von Aufgaben an die Kommunen ohne vollständigen finanziellen Ausgleich geben. Wir wollen die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer, die die Finanzsituation der Kommunen verbessert und gleichzeitig die Fairness insbesondere für orts-treue Unternehmen erhöht und den Dumping-Wettbewerb um die geringsten Hebesätze einschränkt. Grundsätzlich müssen die Kommunen durch ein gerechteres Steuersystem für ihre wichtigen Aufgaben besser ausgestattet werden.



René Rock

Wir wollen Entwicklungsbeschränkungen für Kommunen, die beispielsweise durch das Zentrale-Orte-System im Landesentwicklungsplan angelegt sind, lockern. So sollen Gemeinden, die etwa an Autobahnen liegen, in verstärktem Maße Standortvorteile nutzen können und Wohn- und Gewerbegebiete ausweisen dürfen. Das stärkt die Entwicklung ländlicher Regionen. Die Kommunen werden nur leistungsfähiger, wenn die kommunale Selbstverwaltung gestärkt wird und kostentreibende Standards und Auflagen entsprechend den örtlichen Gegebenheiten flexibler ausgelegt werden können. Ein Fußweg in Rasdorf (Rhön) muss nicht zwingend genauso breit (und teuer) gebaut werden, wie in der Wiesbadener Innenstadt.



Rainer Rahn

Die meisten Kommunen sind strukturell unterfinanziert. Deshalb setzt sich die AfD dafür ein, dass die Landesregierung einen größeren Anteil der Landesmittel an die Städte und Gemeinden weitergibt. Da auch auf Landesebene gespart werden muss ist dies ein nicht ganz einfacher Spagat. Die AfD setzt sich dafür ein, dass sich die Kommunen auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und unternehmerische Aktivitäten zurückfahren. Bürokratieabbau auf kommunaler Ebene bedeutet unter anderem, die Chancen der Digitalisierung in der Verwaltung zu nutzen. Hierbei soll die Landesregierung die Kommunen unterstützen.



Unser Standpunkt

Die Kommunen als Wirtschaftsstandorte müssen gestärkt werden, auch finanziell. Dazu gehört eine strikte Beachtung des Konnexitätsprinzips: Keine Übertragung von Aufgaben der Länder und des Bundes ohne angemessenen finanziellen Ausgleich. Parallel dazu benötigen die Kommunen Unterstützung, um eine fundierte Aufgaben- und Ausgabenkritik durchzuführen und alle Möglichkeiten der stärkeren interkommunalen Zusammenarbeit zu nutzen. Ein Moratorium für den Nivellierungssatz der Gewerbesteuern nimmt den Kommunen den Druck, regelmäßig an der Steuerschraube zu drehen und eröffnet einem echten Standortwettbewerb neue Chancen.



Kommunale Leistungsfähigkeit

Damit sich Kommunen als attraktive Wirtschaftsstandorte entfalten können, benötigen Sie neben der eigenen Gestaltungskompetenz auch eine angemessene finanzielle Ausstattung. Wie wollen Sie die (finanzielle) Leistungsfähigkeit der hessischen Kommunen stärken ohne dahingehende Fortschritte durch steigende Standortkosten zu konterkarieren?

SECHS PARTEIEN UND DIE WIRTSCHAFT

Die Wirtschaft fragt, die Politik antwortet: Wir haben die hessischen Spitzenkandidaten zur Landtagswahl befragt, wie sie zu für die Unternehmen wichtigen Themenfeldern stehen - und zeigen Ihnen, was wir als IHK dazu erwarten. Unsere Wahlprüfsteine.



Volker Bouffier

Wir haben mit dem aktualisierten Landesentwicklungsplan eine gute Grundlage für die nachgelagerten Ebenen geschaffen, die in allen Landesteilen die Ausweisung ausreichender Flächen für Wohnen und Gewerbe ermöglicht. Um die Aktivierung der Flächen durch die Kommunen insbesondere im Wohnungsbau zu erreichen, wollen wir über eine Bonus-/Malusregelung im KFA Anreize für Kommunen schaffen, die Bauland ausweisen.



Thorsten Schäfer-Gümbel

Wir wollen Kommunen und Regionalplanung mit Blick auf die Entwicklungen im Metropolraum im Bereich der Flächenplanung handlungsfähiger machen. Wir werden die bestehenden Regelungen zur Flächennutzungsplanung deshalb so ändern, dass bei Bedarf schneller gehandelt und einzelne Kommunen bei akuten Problemen wie dem aktuellen Wohnungsmangel schneller aktiv werden können. Auch mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung ist mehr Kooperation geboten. Gemeinsame Strategien zur Ansiedlung von Gewerbe und Wirtschaftskraft bieten die Chance, als Region wirtschaftlich erfolgreich zu sein.



Tarek Al-Wazir / Priska Hinz

Unser Ziel ist es, die Flächeninanspruchnahme zu drosseln und langfristig keine zusätzlichen Flächen zu verbrauchen. Der Schwerpunkt beim Wohnungsbau liegt auf der Innenentwicklung, beispielsweise durch Umnutzung, Überbauungen, behutsame Nachverdichtung und Aufstockung sowie durch die Umwandlung von leerstehendem Büro- in Wohnraum. Die Vielzahl bestehender Förderprogramme des Bundes und des Landes wollen wir stärker verzahnen und für eine nachhaltige Entwicklung der Wohnquartiere nutzen. Die Entwicklung ökologisch ausgerichteter Industrieparks und besonders ressourceneffizienter Gewerbegebiete wollen wir unterstützen.



Janine Wissler / Jan Schalauske

Bodenschutz ist auch Klimaschutz. Wir wollen die Netto-Neuersiegelung von Böden deutlich verringern. Ab 2030 sollen Neuversiegelungen nur noch zugelassen werden, wenn sie durch eine mindestens gleich große Flächenentsiegelung an anderer Stelle (Rückbau nicht mehr benötigter Verkehrsflächen, Gewerbe- und Siedlungsflächen etc.) einhergehen. Wir glauben, dass das eine sinnvolle Entwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen nicht erheblich erschwert, aber zum sinnvollen Umgang mit der Ressource Boden anregt, beispielsweise durch die genauere Prüfung aller Möglichkeiten zur Binnenentwicklung.



René Rock

Die von der Landesregierung vorgenommene Begrenzung der Flächeninanspruchnahme verschärft die Nutzungskonflikte zwischen Wohnen und Gewerbe, besonders im prosperierenden Ballungsraum. Das muss geändert werden. Die Sicherung von ausreichend Potentialflächen für Gewerbe ist eine grundlegende Aufgabe für nachhaltige Landesplanung. Das muss sich in der Regionalplanung und der kommunalen Flächennutzungsplanung widerspiegeln.



Rainer Rahn

Die AfD steht für den Erhalt unserer Heimat und damit auch für den Erhalt unserer Landschaften. Einen Zubau mit weiteren Gewerbe- und Wohnflächen sehen wir daher kritisch. Wenn aber die Nachverdichtung städtischen Raums und die intensivere Nutzung bestehender Gewerbegebiete an ihre Grenzen stoßen, so wirkt die AfD konstruktiv der der Schaffung neuer Wohn- und Gewerbegebiete mit. Neben dieser Flächenentwicklung ist die Mitentwicklung der dazugehörigen Infrastruktur wichtig. Zu deren Finanzierung muss im Haushalt der Investitionsteil erhöht und der konsumtive Teil heruntergefahren werden.



Flächenbedarf

Auch digitalisierte Unternehmen brauchen Flächen. Für Betriebserweiterungen und Neuansiedlungen müssen ausreichend passgenaue Gewerbeflächen bereitstehen, die den Standortansprüchen der Unternehmen genügen. Wie wollen Sie landespolitisch eine strategische Flächenentwicklung für Gewerbe und Wohnen in Hessen konkret voranbringen?

Unser Standpunkt

Wir erwarten von der Politik ein klares Bekenntnis zu flächenmäßigen Entwicklungsmöglichkeiten der Unternehmen. Dazu gilt es auch, die Kommunen bei der strategischen Flächenentwicklung zu unterstützen und beispielsweise die Baulandoffensive in Richtung Gewerbe- und Industrieflächen weiterzuentwickeln. Die Entwicklung der besten, passenden Flächen dürfen nicht durch zunehmende Restriktionen und Vorbehalte anderer Nutzungen verhindert werden. Stattdessen gilt es Anreize zur Entwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen zu setzen und vor Ort mitzuhelfen, Entwicklungshindernisse zu identifizieren und zu beseitigen.



SECHS PARTEIEN UND DIE WIRTSCHAFT

Die Wirtschaft fragt, die Politik antwortet: Wir haben die hessischen Spitzenkandidaten zur Landtagswahl befragt, wie sie zu für die Unternehmen wichtigen Themenfeldern stehen - und zeigen Ihnen, was wir als IHK dazu erwarten. Unsere Wahlprüfsteine.



Volker Bouffier

Wir werden die Berufs- und Studienorientierung (BOS) vor allem im Gymnasium stärken und verbessern. Berufliche Bildungsangebote müssen stärker herausgestellt werden. Mit dem „Gütesiegel BOS“ werden Schulen ausgezeichnet, die eine herausragende BOS anbieten. Auch der Schulversuch „Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BüA)“ ist ein Erfolg. Wir werden diese Projekte ausweiten. Mit dem Modellversuch „Hochschulzugangsberechtigung für beruflich Qualifizierte“ setzen wir ein deutliches Zeichen für die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung. Zudem werden wir duale Studiengänge ausbauen.



Thorsten Schäfer-Gümbel

Schulen müssen vermitteln, welche Perspektiven die duale Ausbildung bietet, die Berufsorientierung muss endlich gestärkt werden. Um die Berufswahlentscheidung gut überlegt zu treffen, wollen wir handwerkliches Arbeiten in der Grundschule und die frühzeitige Förderung von Kindern und Jugendlichen in den mathematisch-naturwissenschaftlichen-technischen Fächern genauso wie Informationen über die duale Ausbildung als Teil der beruflichen Orientierung und Kompetenzfeststellungen sowie individuelle Beratungen als Grundlage für die Berufswahlprozesse flächendeckend an allen weiterführenden Schulen.



Tarek Al-Wazir / Priska Hinz

Wir treten für die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ein. Für uns hat die Stärkung der Berufsorientierung weiterhin hohe Priorität. Diesen Weg wollen wir im Dialog mit den Betrieben und den Schulen weitergehen. Wir sorgen dafür, dass es bei einem attraktiven Ausbildungsangebot auch an Berufsschulen auf dem Land bleibt. Vor dem Hintergrund der Digitalisierung werden wir die Aus- und Weiterbildung der Berufsschullehrkräfte weiterhin anpassen. Den Digitalpakt zwischen Bund und Land wollen wir durch einen Digitalpakt zwischen Land und Kommunen ergänzen, um die diesbezügliche Ausstattung der Schulen zu verbessern.



Janine Wissler / Jan Schalauske

Die Attraktivität liegt natürlich zu allererst in der Verantwortung der Ausbildungsbetriebe, insbesondere in Form attraktiver Inhalte, guten Ausbildungsbedingungen und -vergütungen. Betriebe müssen in angemessenem Ausmaß Ausbildungsplätze schaffen oder sich an Ausbildungsverbänden beteiligen. Diese müssen wieder stärker vom Land gefördert werden. Berufliche Schulen müssen gut ausgestattet und mehr Stellen für Lehrer/innen geschaffen werden. Es muss gewährleistet sein, dass alle Berufsschüler/innen mindestens an zwei Wochentagen je sechs Unterrichtsstunden erhalten. Die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung muss verbessert werden.



René Rock

Wir wollen eine stärkere Berufsorientierung und -beratung in allen Bildungsgängen fördern. Diese ist praxisorientiert und in Kooperation mit außerschulischen Partnern zu gestalten. Dabei soll die Gleichwertigkeit akademischer und praktischer Ausbildungen betont und auf Anschlussmöglichkeiten hingewiesen werden. Die Berufsorientierung und -beratung muss mit einem Netzwerk von außerschulischen Partnern Schülerinnen und Schüler über Ausbildungsmöglichkeiten informieren und diese auch ausprobieren lassen. Wir wollen zudem das Weiterbildungspotential von beruflichen Abschlüssen noch mehr hervorheben und das Bildungssystem insgesamt durchlässiger gestalten. Umso mehr Türen eine Ausbildung öffnet, umso attraktiver wird sie wahrgenommen.



Rainer Rahn

Die AfD steht der durch die EU vorgegebenen Akademisierung der Gesellschaft sehr skeptisch gegenüber. Sie sieht die unterschiedlichen Begabungen der Menschen hierbei nicht ausreichend berücksichtigt. Die AfD setzt sich deshalb für eine bessere Anerkennung außeruniversitärer Ausbildungswege ein. Sie strebt ein gegliedertes und in allen Stufen auf adäquate Weise leistungsorientiertes Schulsystem an, in dem die Schüler gefordert und gefördert werden. Ein Schulsystem, das nicht-studierfähige Abiturienten und ausbildungsunfähige Berufsanfänger erzeugt versündigt sich an Generationen von Schülern und schwächt die Basis des Wohlstandes im Lande.



Unser Standpunkt

Das Land sollte die Kommunen bei der zeitgemäßen Ausstattung von Berufsschulen unterstützen. Dazu sind auch neue Instrumente und eine leistungsfähige Infrastruktur notwendig, ebenso digital unterstützte Lernkonzepte und Unterrichtsmethoden. Zur Stärkung der Berufs- und Studienorientierung sollten alle Schüler eine Kompetenzfeststellung durchlaufen, Studienanfänger zusätzlich einen Orientierungs- und einen Studienfähigkeitstest absolvieren. Der Einsatz der Finanzmittel im Bildungsbereich ist durch ein systematisch aufzubauendes Bildungsmonitoring sowie anlassbezogene Nachsteuerungen zu optimieren.



Duale Berufsbildung

Trotz einer zunehmenden Studienneigung ist der Karriereweg von einer dualen Berufsausbildung bis hin zur Aufstiegsfortbildung weiterhin der wesentliche Baustein der Fachkräftesicherung in Hessen. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die berufliche Bildung in Hessen zukunftsfähig aufzustellen und deren Attraktivität steigern?

SECHS PARTEIEN UND DIE WIRTSCHAFT

Die Wirtschaft fragt, die Politik antwortet: Wir haben die hessischen Spitzenkandidaten zur Landtagswahl befragt, wie sie zu für die Unternehmen wichtigen Themenfeldern stehen - und zeigen Ihnen, was wir als IHK dazu erwarten. Unsere Wahlprüfsteine.



Volker Bouffier

Nach letzter Analyse der BA zeigt sich ein Fachkräftemangel in einzelnen technischen Berufsfeldern, in Bauberufen sowie in Gesundheits- und Pflegeberufen. Wir wollen daher zeitnah 100.000 neue Fachkräfte für Hessen anwerben. Dafür werden wir u.a. das Projekt „PuSch-Klassen“ fortsetzen, Maßnahmen zur Nachqualifizierung Angelernter unterstützen, gezielt qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland anwerben und für eine schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse sorgen. Das 2013 vorgestellte „Gesamtkonzept Fachkräftesicherung“ mit einem Katalog von rund 150 Maßnahmen und über 23 Akteuren in drei Handlungsfeldern bleibt Kernstück unserer Strategie.



Thorsten Schäfer-Gümbel

Wir bekämpfen den sich immer stärker abzeichnenden Fachkräftemangel in Hessen, u. a. indem wir die Berufsschüler fit machen. Deshalb investieren wir in die hessischen Berufsschulen, damit sie bestens ausgestattet sind für die Arbeitswelt von morgen. Zudem wollen wir die Maßnahmen der Fachkräftesicherung in unserem Land in einem Ministerium bündeln. Bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren werden wir gemeinsam mit dem Bund den weiteren Ausbau bewältigen. Wir wollen für Kinder unter drei Jahren die vollständige Gebührenfreiheit. Damit schaffen wir diese Bildungsbarriere ab und erleichtern Frauen die Rückkehr in den Beruf.



Tarek Al-Wazir / Priska Hinz



Um dem sich verschärfenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, muss in die Aus- und Weiterbildung investiert und Zuwanderung als Chance begriffen werden. Gleichzeitig fördern wir die Berufstätigkeit und Entwicklungsperspektiven von Frauen. Dank der Nachqualifizierungsoffensive des Landes können Unternehmen direkt in die Aus- und Weiterbildung sowie in die Nachqualifizierung der rund 340.000 Menschen investieren, die in hessischen Unternehmen erwerbstätig sind und keine Ausbildung abgeschlossen haben. Die entsprechenden Förder- und Beratungsangebote werden wir fortführen und bei Bedarf ergänzen.



Janine Wissler / Jan Schalauske



Auch die vorausschauende Nachwuchsgewinnung ist primär die Verantwortung der Unternehmen, die in die Ausbildung auch bspw. von Langzeitarbeitslosen und die Weiterbildung von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern investieren müssen. Tausende junge Menschen suchen vergeblich einen Ausbildungsplatz oder befinden sich in "Warteschleifen". Außerdem muss die Durchlässigkeit im Bildungssystem verbessert werden, damit Menschen leichter von einer dualen Ausbildung ins Studium wechseln können und umgekehrt. Auf Bundesebene fordern wir eine Ausbildungsplatzumlage.



René Rock

Kernpunkte unserer Strategie sind die Qualitätsverbesserung der frühkindlichen Bildung, mehr Flexibilität in der Kinderbetreuung und die Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs nach einer erziehungsbedingten Auszeit. Ein weiterer Punkt ist die Stärkung der beruflichen Weiterbildung und der innerbetrieblichen Qualifikation. Dabei wollen wir Unternehmen gezielt unterstützen. Der dritte Punkt ist eine Kampagne für qualifizierte Fachkräfte und Talente aus dem Ausland und die Entbürokratisierung der ausländerrechtlichen Vorschriften. Fachkräfte und Talente können sich aussuchen wohin sie gegen und wir wollen, dass Hessen zu den ersten Adresse gehört.



Rainer Rahn

Das derzeitige Schulsystem erzeugt eine Fehlleitung vieler junger Menschen in berufliche Sackgassen. Durch ein verbessertes Schulsystem würden neben mehr beruflicher Zufriedenheit auch mehr Fachkräfte für die Wirtschaft generiert. Dies dürfte wohl der wesentliche Ansatzpunkt für die hessische Politik sein. Darüber hinaus setzt sich die AfD für ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem oder australischem Vorbild ein, das an Arbeitsmarktbedürfnissen ausgerichtete Zuwanderung gutqualifizierter Menschen zulässt. Ein weiterer Ansatzpunkt liegt darin, durch verbesserte Rahmenbedingungen die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte zu reduzieren.



Unser Standpunkt

Bedarf besteht vor allem bei beruflich Qualifizierten und in technischen Berufen. Um dieser Herausforderung zu begegnen, müssen die Berufsorientierung in allen Schulformen gestärkt und Digitalisierungs- und Medienkompetenz sowie MINT-Qualifikationen systematischer als bisher vermittelt werden. Der Übergangsbereich muss zugunsten dualer Berufsausbildung zurückgefahren werden. Über den Ausbau der Kinderbetreuung in Qualität und Quantität sowie mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten kann die Erwerbstätigkeit von Frauen gestärkt werden. Ein aktives Werben des Landes um qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland hilft zusätzlich, das Fachkräfteangebot zu stärken.



Fachkräftesicherung

Wirtschaftliches Wachstum kann auf Dauer nur gelingen, wenn den

Unternehmen ausreichend qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Mit welchen Weichenstellungen wollen Sie die zunehmende

Lücke zwischen Fachkräfteangebot und Fachkräftenachfrage in Hessen schließen?

SECHS PARTEIEN UND DIE WIRTSCHAFT

Die Wirtschaft fragt, die Politik antwortet: Wir haben die hessischen Spitzenkandidaten zur Landtagswahl befragt, wie sie zu für die Unternehmen wichtigen Themenfeldern stehen - und zeigen Ihnen, was wir als IHK dazu erwarten. Unsere Wahlprüfsteine.



Volker Bouffier

Das Grundgesetz und die Hessische Verfassung stellen Sonn- und Feiertagsruhe unter ihren besonderen Schutz. Nicht zuletzt aufgrund des großen Konkurrenzdruckes durch den Online-Handel und zum Erhalt des Einzelhandels in den Innenstädten sind jedoch Ausnahmen zweckmäßig. Für Ausnahmeregelungen von bis zu vier verkaufsoffenen Sonntagen an den bisher zulässigen Wochenenden wollen wir eine Neuregelung schaffen, um Klarheit und Rechtssicherheit kommunaler Entscheidungen, insbesondere für den Einzelhandel, zu verbessern.



Thorsten Schäfer-Gümbel

Höchstrichterliche Entscheidungen durch das Bundesverfassungsgericht und das Bundesverwaltungsgerichts schreiben einen Anlassbezug für die Ladenöffnung am Sonntag zwingend vor. Die im Grundgesetz verankerte Sonntagsruhe hat für uns hohe Bedeutung. Daher stehen wir zur Möglichkeit im hessischen Ladenöffnungsgesetz, an vier Sonntagen im Jahr bei entsprechendem Anlass und räumlichem Bezug die Läden öffnen zu können.



Tarek Al-Wazir / Priska Hinz

Es ist wichtig, der Gesellschaft einen Tag der Woche zum Innehalten zu ermöglichen. Deshalb wollen wir das Hessische Ladenöffnungsgesetz (HLöG) unter Wahrung des Schutzes von Sonn- und Feiertagen anpassen und so dem Einzelhandel, den Beschäftigten und den Kommunen zur Rechtssicherheit verhelfen. Die Handreichung des Hessischen Sozialministeriums für die Kommunen zum HLöG soll möglichst anwendungsfreundlich gestaltet sein.



Janine Wissler / Jan Schalauske

Gar nicht. Wir sind der Auffassung, dass sechs Wochentage zum Einkaufen genügen und dass es andere Möglichkeiten des "Stadtmarketings" gibt als konsumzentrierte Angebote. Verkaufsoffene Sonntage nutzen - wie auch lange Öffnungszeiten an anderen Tagen - vor allem den großen Ketten und Einkaufszentren. Inhabergeführte Fachgeschäfte haben die Mehrarbeit zu organisieren, aber oft nicht mehr Umsatz. DIE LINKE will Ladenöffnungszeiten wieder im Sinne der 200.000 Beschäftigten im hessischen Einzelhandel begrenzen und Sonntagsarbeit auf das notwendige Maß reduzieren.



René Rock

Wir haben dazu bereits einen Gesetzentwurf eingebracht und die Lösung präsent: Die Abschaffung des Anlassbezuges im Ladenöffnungsgesetz. Leider haben CDU, Grüne und SPD unseren Vorschlag abgelehnt. Wir wollen, dass die gesetzlich zulässige Zahl von vier verkaufsoffenen Sonntagen rechtssicher für Kommunen, Beschäftigte und Unternehmen ausgeschöpft werden kann. Damit stärken wir die Einzelhändler in den Innenstädten und insbesondere in Mittelzentren, die aufgrund des Internethandels großem Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind.



Rainer Rahn

Die AfD Hessen sieht Sonntagsöffnungszeiten grundsätzlich kritisch. Eine Ausweitung über die bisherige Regelung hinaus ist durch die AfD nicht geplant.



Unser Standpunkt

Das Hessische Ladenöffnungsgesetz muss hinsichtlich seiner Genehmigungsregelungen für den verkaufsoffenen Sonntag dringend geändert werden. Ziel muss es sein, dass die ursprüngliche Intention des Gesetzes wieder zum Tragen kommt und bis zu vier verkaufsoffene Sonntage im Jahr pro Gemeinde verfassungskonform möglich sind. Entscheidend dabei ist, dass die Regelungen vor Ort durch Kommunen und Gewerbetreibende rechtssicher und mit nicht unverhältnismäßigem Aufwand befolgt werden können.



Verkaufsoffene Sonntage

Durch eine unzureichende gesetzliche Grundlage und die hieraus resultierende Rechtsprechung sind verkaufsoffene Sonntage als bewährtes Stadtmarketinginstrument in Hessen faktisch zum Erliegen gekommen. Wie wollen Sie sicherstellen, dass in Hessen künftig wieder bis zu vier verkaufsoffene Sonntage pro Kommune rechtssicher durchgeführt werden können?